

© **Berner Zeitung**; 14.12.2004; Seite 22

BZ-Stadt Bern

*familienexterne Kinderbetreuung*

## **Mehr Vorschriften, weniger Geld**

*Der Entwurf einer kantonalen Verordnung über familienexterne Kinderbetreuung verheisst für Bern nicht nur Gutes. Die Stadt hat Druck aufgesetzt. Durch ein Hintertürchen signalisiert der Kanton erstes Entgegenkommen.*

«Das ist ein Rückfall in die Planwirtschaft», wettet SP-Stadträtin **Corinne Mathieu**. Die Mitarbeiterin des Schweizerischen Krippenverbandes (SKV) kritisiert die im Sommer vom Kanton lancierte Verordnung über die Angebote zur sozialen Integration (Vasi) vehement. Der Grund: Die Vasi umfasst eine Reihe von Artikeln über die Finanzierung von familienexternen Angeboten und regelt die Aufgabenteilung zwischen Gemeinden und Kanton neu.

Mit Artikel 8 regelt die kantonale Fürsorgedirektion GEF «eine angemessene regionale Angebotsverteilung mit einer strategischen Angebotsplanung». Dazu **Mathieu**: «Da werden künstliche Bedürfnisse geschaffen, während die reale Nachfrage in Orten wie Bern vernachlässigt wird.» Jürg Haerberli, Leiter des städtischen Jugendamtes, fügt hinzu: «Wir haben nichts gegen einen Ausbau. Er muss aber in jenen Gemeinden stattfinden, wo der Bedarf wirklich ausgewiesen ist.»

### **Kein Geld für Ausbau**

In Artikel 41 hält der Kanton fest, dass die kantonalen Ausgaben für 2005 jene von 2004 nicht übersteigen dürfen. Für die Stadt Bern heisst das: Der Kanton zahlt keinen Cent an den Ausbau von weiteren Betreuungsplätzen.

Da macht auch der Gemeinderat nicht mit: In seiner Stellungnahme zum Vasi-Entwurf forderte er im vergangenen August, diesen Absatz zu streichen und den «Besitzstand zu garantieren», sonst würden jene Gemeinden bestraft, welche ihre «Hausaufgaben» bereits erfüllt hätten. «Mit der aktuellen Warteliste liessen sich per sofort 150 Krippenplätze besetzen.» Der Stadtrat habe 800 000 Franken gutgeheissen, um im kommenden Jahr 40 Plätze zu realisieren - auch ohne Kantongelder.

Der SKV und die Stadt finden es inakzeptabel, dass der Kanton den Gemeinden zahlreiche Vorschriften macht, sich aber gleichzeitig die Freiheit nimmt, notfalls seine finanzielle Unterstützung zu entziehen. «So haben die Gemeinden keine Rechtsansprüche mehr», moniert **Mathieu**. An mehreren Stellen der Verordnung beschränkt sich der Kanton auf «Kann»-Formulierungen. Wer jedoch Bedingungen erfüllt, müsse finanzielle Garantien haben.

### **Welle von Reaktionen**

Obschon die Konsultation Ende August zu Ende ging, liegt bisher keine Auswertung vor. Ursprünglich wollte der Regierungsrat im November ein überarbeitetes Papier

vorlegen, doch nun wird es Frühling. Laut Ursula Trachsel, Leiterin des zuständigen Amtes beim Kanton, sind deutlich mehr Antworten von Gemeinden, Parteien und Verbänden eingetroffen als erwartet. «Meine Papierbeige ist rund acht Zentimeter hoch», sagt sie.

Zum Inhalt der Kritikpunkte äussert sich Trachsel vage: Viel Zustimmung habe die Vereinheitlichung der Tarife erhalten. «Am meisten zu beissen haben wir bei den Normkosten.» Letztere beinhalten die Vollkosten eines Betriebs vor dem Abzug der elterlichen Beiträge und der Bundesgelder. Die kantonalen Berechnungen liegen nach Ansicht von Stadt und SKV jedoch viel zu tief. Städtische Betreuungseinrichtungen hätten höhere Kosten, durch höhere Löhne und Mieten.

### **Ein Hoffnungsschimmer**

Eine gestern publizierte Wegleitung des Kantons an die Gemeinden lässt aufhorchen. Hier ist zwar weiterhin die Rede von einer «Angebotsplanung». Der Kanton macht jedoch geltend, Letztere nach bestimmten Kriterien vorzunehmen. Das sind beispielsweise Zentrumslasten, bereits vorhandene Angebote oder soziale Brennpunkte. Obschon diese Wegleitung nur indirekt mit der Vasi zusammenhängt, sieht **Mathieu** hier ein erstes Zugeständnis. Hannah Einhaus

Tomas Wüthrich

***Wenn das die Kinder wüssten ...: Der Kanton plant, Gelder für externe Kinderbetreuung auch an jene Gemeinden umzuverteilen, die keinen realen Bedarf ausweisen. Für die Stadt Bern geht das zu weit.***